

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

ZU:

Gesetzentwurf der Landesregierung - Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022 - HG 2022) - Drucksache 7/4212 vom 15.09.2021

und

Einzelplan 14 - Verfassungsgericht des Landes Brandenburg

- 2. Lesung -

Berichterstatterin:

Abgeordnete Marianne Spring-Räumschüssel (AfD)

Beschlussempfehlung:

Der Landtag möge den Entwurf des Einzelplanes 14 in der von der Landesregierung eingebrachten Fassung in 2. Lesung annehmen.

Bericht:**A. Allgemeines**

Der Landtag hatte den Gesetzentwurf der Landesregierung - Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022 - HG 2022) - (Drucksache 7/4212) in seiner 51. Sitzung am 29. September 2021 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen und zur Mitberatung an alle Fachausschüsse überwiesen.

B. Beratung des Fachausschusses

Der Hauptausschuss befasste sich in seiner 28. Sitzung am 6. Oktober 2021 sowie abschließend in seiner 29. Sitzung am 10. November 2021 mit dem Entwurf des Einzelplanes 14 und empfahl dessen Annahme in der von der Landesregierung eingebrachten Fassung.

C. Abschließende Beratung im Ausschuss für Haushalt und Finanzen

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen behandelte den Entwurf des Einzelplanes 14 in seiner 40. Sitzung am 24. November 2021. An der Beratung nahmen u. a. der Präsident des Verfassungsgerichtes des Landes Brandenburg, die Ministerin der Finanzen und für Europa sowie der Präsident des Landesrechnungshofes teil.

Neben dem Einzelplan 14 lag dem Ausschuss für Haushalt und Finanzen die Stellungnahme des Hauptausschusses zur Beratung vor. Änderungsanträge wurden nicht gestellt.

Der Präsident des Verfassungsgerichtes des Landes Brandenburg erläuterte den Einzelplan 14.

In der Schlussabstimmung beschloss der Ausschuss für Haushalt und Finanzen einstimmig bei einer Stimmenthaltung (10 : 0 : 1), dem Landtag den Entwurf des Einzelplanes 14 in unveränderter Fassung zur Annahme in 2. Lesung zu empfehlen.

Anlagen

Anlage 1: Gesamtübersicht

Anlage 2: Stellungnahme des Hauptausschusses

Beschlussempfehlung

des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes
des Landes Brandenburg für das Haushaltsjahr 2022
(Haushaltsgesetz 2022 - HG 2022),
Drucksache 7/4212**

Gesamtübersicht

Einzelplan 14

Verfassungsgericht des Landes Brandenburg

Beträge in Euro			
	Ansatz HG-E 2022	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz HG-E 2022
Gesamteinnahmen	--	--	--
Gesamtausgaben	836.300	--	836.300
Verpflichtungs- ermächtigungen	--	--	--
Stellen	6	--	6

Stellungnahme Fachausschuss

Stellungnahme

des Hauptausschusses

an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022 - HG 2022)

- Drucksache 7/4212 -

Einzelplan 14 - Verfassungsgericht des Landes Brandenburg

in Verbindung mit:

Unterrichtung der Landesregierung

Finanzplan des Landes Brandenburg 2021 bis 2025

- Drucksache 7/4213 -

und

Unterrichtung der Landesregierung

Personalbedarfsplanung 2025 und ressortübergreifende Personalentwicklungsplanung für die brandenburgische Landesverwaltung

- Drucksache 7/4214 -

Berichtersteller: Abgeordneter Daniel Keller (SPD)

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen möge dem Landtag die Annahme des Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für das Haushaltsjahr 2022, Drucksache 7/4212 - Einzelplan 14 -, in unveränderter Fassung empfehlen.

Bericht

A. Allgemeines

Der Landtag Brandenburg überwies

- den Gesetzentwurf der Landesregierung, Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022 - HG 2022), Drucksache 7/4212,
- die Unterrichtung durch die Landesregierung, Finanzplan des Landes Brandenburg 2021 bis 2025, (Drucksache 7/4213) und
- die Unterrichtung durch die Landesregierung, Personalbedarfsplanung 2025 und ressortübergreifende Personalentwicklungsplanung für die brandenburgische Landesverwaltung, Drucksache 7/4214

in seiner 51. Sitzung am 29. September 2021 an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen zur federführenden Beratung und an alle Fachausschüsse zur Mitberatung.

Der Hauptausschuss befasste sich mit den oben genannten Beratungsmaterialien in seiner 28. Sitzung am 6. Oktober 2021 und abschließend in seiner 29. Sitzung am 10. November 2021.

B. Beratung

Erstmals befasste sich der Hauptausschuss in seiner 28. Sitzung am 6. Oktober 2021 mit dem Einzelplan 14. In dieser Sitzung stellte der Präsident des Verfassungsgerichtes des Landes Brandenburg den Haushalt für seine Verwaltung vor.

Die abschließende Beratung erfolgte in der 29. Sitzung des Hauptausschusses am 10. November 2021. Zu dieser Sitzung lagen zum Einzelplan 14 keine Änderungsanträge vor.

Ohne Debatte beschloss der Hauptausschuss einstimmig (11 : 0 : 0), dem federführenden Ausschuss für Haushalt und Finanzen zu empfehlen, dieser möge dem Landtag empfehlen, den Gesetzentwurf der Landesregierung, Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022 - HG 2022), Drucksache 7/4212, - Einzelplan 14 -, unverändert zuzustimmen.



Daniel Keller
Berichtersteller und Vorsitzender
des Hauptausschusses